Tobias Riegel geht in diesem Beitrag auf das fragwürdige Zusammenspiel von Correctiv und Kulturszene in den vergangenen Tagen ein. In diesem Zusammenhang wird daran erinnert, dass weite Teile der etablierten Kulturszene in den letzten Jahren (bestenfalls) geschwiegen haben, als es wirklich darauf angekommen wäre, eine „Haltung zu zeigen“: So entstehe der Eindruck eines Schönwetter-Engagements. Zusammengestellt von **Redaktion**.

1. Leserbrief

Hallo, Nachdenkseiten,
Sie beschreiben zutreffend den nichts kostenden und nichts riskierenden „Mut“ der Theaterleute, deren konzertierte Sofortaktion bundesweit in das gut vorbereitete Corruptiv-Szenario gepasst haben könnte.
[An dieser Stelle wurde ein Link entfernt.]
Freundliche Grüße
Alexander G. Roklum

---

2. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Riegel, sehr geehrte Nachdenkseiten,
Ich danke Ihnen für Ihre beharrliche, kontinuierliche, sachliche und konsequente Kritik an den Verhaltensweisen großer Teile der Kulturszene, an deren Doppelmoral, an deren „Heulen mit den Wölfen“, das ich als abstoßend, aber auch gefährlich für eine offene Diskussion halte. Ihre Beiträge sind bitter nötig.
Ingrid Wenzler

---

3. Leserbrief

Lieber Tobias Riegel, liebe Redaktion,

Analyse braucht das Land, Analyse braucht die Welt.

Ich teile grundsätzlich Ihre Auffassungen über die (opportunistische) Angepasstheit der Kunst und Kultur gesellschaftlicher Tätigkeitsfelder in der BRD, im Westen und im – am Kuchen teilhaben wollenden – „globalen Süden“ – nicht so auf der

Dokumenta 15.
Dieser Blick ist wichtig, trifft jedoch nicht eine notwendige Analyse der Ereignisse um die tatsächlich skandalösen Enthüllungen.

Selbst wenn „Correctiv“ im Auftrag der Grünen ihre „Aktionskunst“ machen, muss man doch unterscheiden zwischen „grünen Zielen“, “Regierungszielen“ und den Protesten, die diese „Recherchen“ ausgelöst haben … zum Glück ausgelöst haben.

Die beispiellose Propaganda, der wir z.Z. ausgesetzt sind – Zizek auf der Frankfurter Buchmesse, Netrebko, Ganser, Waters Artikel der NDS thematisieren diesen, das befreiende Denken verhindernden, antiemanzipatorischen Kurs der Herrschenden, die ihren „Klassenkampf“ bewusst führen – Warren Buffet offen im Interview – und die Entwicklung ihres Klassenkampfes gut bezahlen – nicht nur bei den Nordatlantikern.

„Die Demonstrationen gegen Rechts“ und die szenische Lesung im Berliner Ensemble sind mehr. Zum einen gehen Menschen gegen Faschismus auf die Straße – zum Glück ist das so. Zum Anderen bearbeiten Künstler das Thema Faschismus – zum Glück und im Falle Berliner Ensemble künstlerisch hochkarätig. Freuen wir und doch, dass dem so ist. So wie ich mich über Streiks, und Bauernaufstände freue. Warum in eine Analogie der Herrschenden verfallen? Sind bei den Streikenden AFD Wähler? Wollen sie die Gewerkschaften ausländerfeindlich unterwandern? Sind die Bauernproteste von Putin gesteuert? von rechts unterwandert? Was heißt das überhaupt? Wieviel Bauern waren aus Bayern in Berlin? Wieviel Prozent von ihnen wählen CSU? Was ist rechts? Diese Debatte brauchen wir als Gegenkultur zur Ideologisierung des alltäglichen Lebens. Diese Debatte ist notwendig und bedarf der Analyse. Nicht die Ampel ist der Steigbügelhalter der Rechten sondern die Geschichte der CDU, der BRD, Europas. Die CDU, die zunehmend verwässert, Gaulands und Maaßen werden zu neuen Parteigründungen gedrängt (innerlich ideologisch). Das ist sehr gefährlich und viel gefährlicher als „Correctiv“! Da die rechten Parteien – alle – auch CDU/CSU den gesamten gesellschaftlichen Prozess nach rechts vor sich her treiben … und den Diskurs um „Islam“ „Ausländer“, Schengen und Abschiebungen bestimmen. Die Maßnahmen der Faesers, Klingbeils & Co sind Produkt rechter mehrheitlicher Gesinnung in der BRD. Wir sollen eine Ära Strauß erhalten und dagegen muss man doch auf die Straße gehen. Und wir haben die Verantwortung gesellschaftliche Prozesse in der Dialektik zwischen „Sein“ und „Bewusstsein“ zu analysieren. Faschistische Ideologien waren immer Bestandteil der Geschichte der BRD. Faschismus ist die notwendige Herrschaftsstrategie im Kapitalismus. Europa ist eine Geschichte des Faschismus in Kooperation mit

Reagan, Strauß, „grauen Wölfen“, Gruppe Hoffmann & Co.

Warum benutzen/brauchen die Herrschenden die Keule „rechts“?
Weil es kein links mehr gibt.
Keine Kommunisten, keine Sozialisten, keine Sozialdemokraten, die den Namen verdienen wie Klaus von Dohnany. Diesen philosophischen Strömungen ging es um Analyse, um die Entwicklung von Theorie und Konsequenzen für die Praxis für die Wege der Emanzipation. Das sind die Gründe warum sie seit 30 Jahren ausgelöscht werden: Emanzipation muss verhindert werden. In der BRD Geschichte: Notstandsgesetze, KPD Verbot, Berufsverbot, Diktat der Sprechweise über die DDR. Diese Praxis, die herrschende in der BRD war immer „rechts“, Interessanterweise ist Merkel da nicht mitgegangen. Liegt das an ihrer christlichen Einstellung oder an ihrer DDR Sozialisation? Sie hat die Politik des Großkapitals gemacht – aber leise. So leise, dass Minsk und Nordstream und China nicht zu hören und lesen waren – aber im Interesse der „deutschen“ Wirtschaft. Damit rechnet die Ampel ab: Pro US Kurs (hier bedarf es der Analyse der divergierenden Kapitalinteressen – Marx sprach von Kapitalfraktionen s.u.)

Pro US Kurs … gegen die wirtschaftlichen Interessen „Deutschlands“? Durch Hilferding Analyse „Finanzkapital“ wissen wir: es gibt keine nationale Kapitalakkumulation auf der Ebene hoher Kapitalkonzentration. Warum fehlt diese Analyse?

Wenn alles so bleiben soll wie es ist, dann macht diese (national-moralische) Argumentation Sinn, ist jedoch analytisch nicht haltbar. Man kann diese Fragen nicht national verorten – Kapital ist international in Bewegung.

Der Pro US Kurs ist aus „deutscher Lebensperspektive“ ohne Sinn und Verstand, aber opportunistisch opportun und es geht um die Etablierung amerikanischer Verhältnisse, um die Amerikanisierung der Verhältnisse – nicht nur durch (Markt)-Ketten. Errungenschaften – durch Sozialkämpfe – und historisch durch die Konkurrenz zur DDR, die den bundesdeutschen Sozialstaat hervorbrachte – sollen auf den Scheiterhaufen der deutschen Geschichte. Deswegen werden alle Ebenen in den Diskursen vermischt, vertauscht, einige verleugnet. Nun sind sie – die Regierenden – in der Situation die Merkel Politik in Richtung USA umzudrehen und das ist das Dilemma (Merkel war jedoch bei Minsk II auch erpressbar – wahrscheinlich war dies ihr größter politischer Fehler, sonst hätten wir diesen Krieg nicht) und sie sind nun in der unglücklichen Situation sich offiziell gegen rechts stellen zu müssen, Sie tun dies formal und nicht wirklich – wie die Ignoranz den

ukrainischen Faschisten gegenüber deutlich zeigt – und nicht aus „freien Stücken“. Sie haben keine Alternative dazu. Das sind die widersprüchlichen Bewegungen innerhalb der „deutschen“ Produktionsverhältnissen. Und die zeigen sich auch auf Demonstrationen gegen Rechts auf der Straße, wie Brandbriefe aus der Wirtschaft und Traktoren aus Bayern in Berlin. Die Kollaborateure mit den internationalen Konzernen haben – da es europaweit keine Linke gibt – keine Alternative zu diesem historisch heiklen Fallstrick. Es gibt keinen anderen ideologischen Weg, um von sich und ihren Klassenzielen abzulenken. Die Ideologie ist „Links und rechts verhindern die Demokratie“ (Totalitarismustheorie) …
So bleibt nur „rechts“ als Projektionsfläche um Bewusstseinsbildung zu verhindern. Es gibt keine Linke mehr.
— und das ist ein Dilemma, weil Widersprüche sichtbar werden, die die Geschichte bestimmen.

Das birgt Gefahren und zwar massive: Eine nicht gewollte Auseinandersetzung mit Faschismus findet statt und das ist gut so und Theater ist eine hervorragende Form – wenn sie gut gemacht ist – Bewusstsein zu bilden. Darum geht es. Wenn Bearbocks bei diesen Demonstrationen mitlaufen? Sollen sie doch!

Wesentlich ist doch, dass es (noch) ein Bewusstsein gegen rechts, in dem Fall gegen Faschismus gibt – jenseits der Instrumentalisierung. Darüber freue ich mich. Der Widerspruch zeigt sich mir auf der Erscheinungsebene: Wer hat das Schild „Nie Wieder“ etabliert? Wer hat das Schild „Nie wieder Krieg“ „Nie wieder Faschismus“ ausgelöscht? Wer hat das eine durch das andere ersetzt? Das ist doch die Frage! Und nicht ob correctiv im Auftrag der Regierung so enthüllt – ja oder nein – sondern warum die Regierung so handelt und auf diesen Glatteisspuren wandeln muss.

Da zeigt sich der Widerspruch: Sie brauchen die Rechten für ihre Propaganda. Das Themenfeld ist ein Minenfeld, das man analytisch auseinandernehmen muss. Correctiv hat in diesem Prozess zu der Sensibilisierung gegen Faschismus beigetragen. Was die Herrschenden daraus machen ist die eine Sache, was wir daraus machen ist eine andere. Ohne Analyse geht nix.

Mögen sich die Widersprüche weiter zuspitzen,
darin liegt die Bewegung der Befreiung des Geistes als seiner Möglichkeit für die Entwicklung der Menschheit in einem menschlichen Antlitz.

Mit herzlichen Grüßen

Irinell Ruf

---

4. Leserbrief

Wenn Kay Voges, Volkstheater Wien, befürchtet, dass eine Regierung mit der fPÖ das Ende der Demokratie bedeuten könnte, dann ist zu sagen, der Mann hat von Politik keine Ahnung.

Die Gefahr für die Demokratie geht nicht von Rechten Spinnern aus, sondern von den Kriegstreibern und Waffenschiebern, die
in Davos zusammensitzen.

Theaterleute, die so unbedarft sind, sollten besser schweigen.
GCL

---

5. Leserbrief

Liebe Redaktion,
wer ein wenig seine Augen offen hält und seinen Verstand benutzt, dürfte erkennen, dass es sich bei der sogenannten Correctivrecherche um eine gezielte Inszenierung handelt. Wie sonst ist zu erklären, dass die Theater nur eine Woche nach der Veröffentlichung des Correctivartikels ein Theaterstück aus dem Hut zaubern? Theaterproben dauern bis zur Premiere normalerweise mindestens einen Monat. Wer Correctiv finanziert, ist mittlerweile bekannt. Die angewandten Methoden legen überdies den Verdacht nahe, dass der Verfassungsschutz an dieser Kampagne mitgewirkt hat und der Zeitpunkt der Veröffentlichung stützt ebenfalls den Verdacht, dass hier von oben nach unten gezielt eine Kampagne gegen die AFD inszeniert worden ist. Einige alternative Medien haben Chatbot dazu Fragen gestellt und – nicht überraschend – die Antwort erhalten, dass Demonstrationen gegen Oppositionsparteien in einer Demokratie äußerst ungewöhnlich seien und normalerweise in totalitären Regimen vorkommen. Und da sind wir am entscheidenden Punkt:
Während der Coronapandemie wurde mit den Füßen auf dem Grundgesetz herumgetrampelt. So galt der Gleichheitsgrundsatz nicht mehr für alle, sondern die, die sich dem staatlichen Impfdruck mit einem unerforschten neuartigen Stoff nicht

beugen wollten, wurden radikal ausgeschlossen. Es gab keinen rationalen Grund für die Ausgrenzung Impfunwilliger. Wenn nämlich die Impfungen den Geimpften schützen, so ist der Ungeimpfte für den Geimpften nicht gefährlich, denn er ist ja geschützt. Dennoch wurden Impfunwillige auf breiter Front diskriminiert, diffamiert und diskreditiert. Obwohl schon Mitte 2021 mehrere wissenschaftliche Studien belegt hatten, dass Geimpfte vielleicht etwas seltener erkranken, aber wenn sie erkranken, ihre Viruslast genau so hoch ist, wie die der Nichtgeimpften, wurde die Ausgrenzung weiter betrieben. Vorgeschoben wurde die ebenfalls schon früh widerlegte Behauptung, die Intensivstationen würden überlastet.
Bei diesem faschistischen Schmierentheater, das durch die Regierung und die Ministerpräsidenten mithilfe der Medien in Gang gesetzt wurde, halfen Künstler, Fernsehmoderatoren- und Komiker fleißig mit. Nur wenige hatten den Mut, die Regierungsmaßnahmen in Frage zu stellen. Bei einem Teil dieser Künstler war wohl pure Existenzangst der Grund, sich nicht gegen die absurden Maßnahmen zu äußern. Ihr Schweigen mag noch verzeihlich sein, nicht aber die aktive Beteiligung an der Ausgrenzung Impfunwilliger.
Die Spaltung der Gesellschaft, die dadurch in Gang gesetzt wurde, haben die genannten Mitwirkenden zu verantworten, denen es besser zu Gesicht stünde, sich für ihr faschistisches und menschenverachtendes Gebaren zu entschuldigen, anstatt nun, wie die Lemminge wieder einmal mitzumachen und kollektiv nicht etwa gegen den Rechtsextremismus allgemein zu demonstrieren, sondern nun statt der Impfunwilligen die AFD zum Sündenbock zu machen. Die AFD ist eine rechtskonservative, neoliberale Partei mit einem besonders starken rechten Flügel. Rechtes Gedankengut findet man aber auch in der CDU, der CSU, der FDP und auch bei den kriegslüsternen Grünen. Insofern dient die AFD nur als Projektionsfläche und lenkt auch den Unmut über unsere stümperhafte Regierung auf diese Partei.
Und nicht zuletzt möchte ich klar stellen, dass die Kategorien „rechts“ und „links“ mitlerweile zu inhaltsleeren Kampfbegriffen geworden sind, wie Schwurbler, Aluhut etc.
Ich möchte keinesfalls die AFD verteidigen, sondern das perfide Vorgehen der Regierung und dem von ihr und anderen politischen Organisationen, welche Correctiv finanzieren, inszenierte Theater kritisieren. Das ist ebenso, wie die Coronapolitik einer Demokratie unwürdig.
Mit freundlichen Grüßen
H.K.

6. Leserbrief

Nicht nur „die Kulturszene“ scheint „stay at home – gemeinsam gegen Corona“ neu zu etikettieren in „‚auf die Straße – gemeinsam gegen rechts“. Dem ‚Kampagnen-Journalismus‘ sei Dank!

L.G.
Ute Plass

---

7. Leserbrief

Klammheimliche Freude. Ja, ja, die aufgeklärte und so mutige Zivilgesellschaft, mit tollen Kulturschaffenden und engagierten Redakteuren. Ich bin 66 Jahr alt, war in Parteien (SPD), Gewerkschaften, Naturschutzverbänden engagiert, war Wahlvorstand, Vormund eines Flüchtlingsjungen, Tutor für Studenten aus dem Ausland, Personalrat, und noch mehr. Dann kam im März 2020 der erste Lockdown, vom bayrischen Ministerpräsidenten Söder und der Kanzlerin Merkel ausgerufen. Ich war verstört, über diesen Anschlag auf das Grundgesetz, hatte aber anfangs die Hoffnung, dass Stimmen aus Parteien und Parlamenten, Meinungen aus Presseorganen und anderen Medien, Positionen der Gewerkschaften und der Aufruf aus der Zivilgesellschaft, diesem vorgehen in den Arm fallen würden. Dem war nicht so. Dann erlebte ich die ersten schüchternen Sitzdemonstrationen von Maßnahmekritikern und war entsetzt, als ich erleben musste, wie einen sogenannte Antifa aggressiv die Demonstranten denunzierte. Später erlebte ich die Antifa wieder, ebenso wie Delegationen der Linkspartei und anderer doch so Guter und Gerechter, als die Demonstrationen kraftvoller geworden waren. Die Denunziationen blieben und die veröffentlichte Wahrnehmung wusste sowieso, dass es sich bei den Maßnahmekritikern um Rechte, Schwurbler und Wissenschaftsfeinde handelt. Dafür wurde das Polizeiaufgebot massiv ausgebaut und als die Demos sich fortwährend vergrößerten, waren sie plötzlich untersagt.

Unter dem Strich: nie wurden Grundrechte stärker eingeschränkt, wie in den Corona-Jahren. Dazu brauchte es keine AfD und keine anderen bösen Rechte. Jetzt wird so getan, als stünde die Republik vor einem rechten Staatsstreich. Nein, der Staatsstreich kam aus der Mitte und nicht zuletzt von denen, die sich Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit auf die Fahnen geschrieben haben. Leider ist ihr Tun nicht mehr lauter, sondern der Anbiederung an den politischen und wirtschaftlichen

Irr-weg der letzten Jahre gewichen.

Anscheinend profitiert die AfD aktuell sehr von dem ‚Aufstand gegen Rechts‘. Ich gebe zu, es gibt bei mir darüber eine nicht nur klammheimliche Freude. Denn ich glaube an dieses Land und seine Institutionen nicht mehr.

Andreas Klotz

---

8. Leserbrief

Der Artikel von Tobias Riegel, der sich kritisch mit den von Regierung, *Correctiv* und Massenmedien organisierten Regierungsaufmärschen auseinandersetzt, ist ja gut und schön. Aber den Elefanten im Raum hat auch er nicht benannt, so dass er nur am Kern vorbeiredet.

Die beste Brandmauer gegen rechts wäre nämlich die Abgrenzung von „unseren“ russophob-faschistischen Kriegstreiber*innen. Daher müsste sich „unsere“ Regierung selbst zur Hauptzielscheibe dieser Brandmauer-Aufmarsch-Demos machen.

Diese Mitläufer*innen gehen größtenteils nicht aus ehrlichem Engagement gegen rechts zu diesen Kasper-Demos, sonst hätten sie sich bereits an den Corona-Demos, Friedensdemonstrationen und Bauernprotesten beteiligt oder ein Zeichen gegen den zerstörerischen Kriegshaushalt der Regierung und die zunehmende Einschränkung der Meinungsfreiheit gesetzt, was alles in erster Linie Proteste gegen rechts waren. Sie sind nützliche Idioten, denen man leider alles erzählen kann, weil sie vielfach zum ersten Mal zu einer Demonstration gehen, woraus geschlussfolgert werden kann, dass sie politisch völlig ungebildet und naiv sind. Daher gehen sie sicherlich wirklich mit gutem Glauben zu diesen Demo-Aufmärschen. Nach der Erfüllung des Regierungsauftrags werden sie dann wieder brav abtauchen oder weiter gegen alle vorgehen, die sich gegen die neoliberale und rechtsextreme Regierungspolitik wenden.

Das trifft leider auch auf die soziale Einrichtung zu, in der ich arbeite, die immer nur aufsteht, wenn sie von der Regierung gerufen wird, obwohl es natürlich allen Grund dafür gegeben hätte, sich gegen die Kriegstreiberei und damit verbundenen ungeheuerlichen Kürzungen zur Wehr zu setzen, weil sie ihr massiv auf die Füße

fallen. Da half auch kein Aufrüttelungsschreiben von mir an den Betriebsrat und die Interessenvertretung. Als ich mich über den kürzlichen Aufruf meiner sozialen Einrichtung zur Brandmauer-Demo am 03.02.2024 in Berlin schriftlich in sehr ausführlicher Weise beschwert und dabei auch zur umfassenden Reflexion des eigenen Handelns meiner Einrichtung aufgerufen hatte, erhielt ich auch nur eine dieser nichtssagenden standardisierten Antworten.

Ich frage mich nun die ganze Zeit, ob die Mitarbeiter*innen meiner sozialen Einrichtung wirklich diese Selbstwahrnehmung haben, dass alles in Ordnung ist und sie ohnehin immer auf der Seite der „Guten“ stehen oder ob da gewaltig etwas unterdrückt wird.

Ist denn schon ein Aufruhr im Gange, der noch unterdrückt werden kann, oder gibt es überhaupt gar keinen Aufruhr?

Vor dem Hintergrund, dass bei meiner sozialen Einrichtung vermutlich auch viele vom Regierungsnarrativ abweichenden Meinungen massiv unterdrückt und ausgegrenzt werden, wirkt dieser Protestaufruf zur angeblichen Brandmauer gegen rechts und gegen die Gefährdung der Demokratie sowie für Toleranz und Meinungsvielfalt erst recht wie ein schlechter Scherz.

Ich kann auch überhaupt nicht nachvollziehen, warum selbst die Kritiker*innen unserer Regierungspolitik größtenteils nicht sagen, wie es ist.

Unsere derzeitigen etablierten Altparteien betreiben mit ihrer Kriegstreiberei, Kriegshetze, Meinungszensur, ihrem Kriegshaushalt und ihrer Aufwiegelung zum Völkerhass in aller Deutlichkeit faschistoide rechtsextreme Politik. Auch wenn man es nicht wahrhaben will, muss es doch trotzdem endlich benannt werden.

Elian Binner